

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich

Eingelien: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittelnach 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienens, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Burck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkeus, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Zur Wahl.

I.

Wir haben uns vorgenommen, bei der bevorstehenden Wahl uns ganz objektiv zu verhalten und nur auf Grund von Thatfachen rein geschichtlich zu berichten. Und diesen Standpunkt werden wir auch in allen unsern Artikeln innehalten, während wir unsere Spalten den verschiedenen Parteien öffnen werden, damit diese ihre verschiedenen Ansichten vertreten können, sofern diese nicht zu beleidigenden oder strafbaren Angriffen ausarten. Wir glauben hiermit dem Vaterlande am meisten zu nützen.

Für uns ist das Wohl des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die alleinige Richtschnur, dem gegenüber jedes persönliche, Ständes- und Parteinteresse schweigen muß. Wir kennen in der ganzen Weltgeschichte kein Volk, welches in so kurzer Zeit wie unser engeres Vaterland aus geringen Anfängen zu solcher Höhe emporgestiegen ist, wie unser deutsches Volk, welches, nachdem es so hoch gestiegen ist, seine Macht so selbstlos nur zum Wohle seiner Mitbürger und zum Frieden mit allen Nachbarn angewandt hat, wie unser deutsches Volk. Wir sind daher stolz, einem solchen Volke anzugehören, und danken Gott, daß er uns diese Zeit hat miterleben lassen.

Nur das Wohl des deutschen Vaterlandes soll es daher sein, welches jeder Deutsche anstrebt; nur diesem Wohle soll jeder Bürger, soll jede Gemeinschaft, soll jede Kraft dienen; dieser Gesichtspunkt soll auch bei der Reichstagswahl das allein maßgebende sein. Von diesem Grundsatz geleitet, werden auch wir die Wahl besprechen.

In unserer Stadt treten nun vier Parteien in die Wahl ein: die konervative, die national-liberale, die deutsch-freisinnige und die sozialdemokratische.

1) Die deutsch-freisinnige Partei.

Die deutsch-freisinnige Partei ist die erste, welche mit einem öffentlichen Schriftstück hier in den Wahlkampf eingetreten ist, mit ihr beginnen wir daher die Betrachtung:

Im Namen dieser Partei ist in den letzten Tagen ein Rundschreiben an die Stettiner Wählererschaft versandt und durch alle Wohnungsberechtigten, welches unter dem Titel Warnung mit folgenden Sätzen beginnt:

„Wißt Ihr wohl, Ihr Herren Wähler, wie man Krammetsvögel fängt? mit roten Beeren, die in eine Spreulocher gehängt werden; mitten darin aber und gut versteckt, liegt eine Schlinge, aus der die Vögel, die wirgt den armen Vogel, wenn er nach den Beeren greift! So fängt man Krammetsvögel — und so fangen die Kartellbrüder — die Konföderation und National-Liberalen — die Wähler, wenn sie zur Reichstagswahl gehen! Darum folgt die Warnung, vor der Schlinge, die unter den schönen Beeren, den großen Versprechungen lauert, und deren folgenschwere Verbindungen voll großer Unwahrheiten, wie sie eines anständigen und wahrheitsliebenden Menschen unwürdig sind. Wir bedauern es aufrichtig, daß der Name der deutsch-freisinnigen Partei und ihres Kandidaten Brömel zu einem solchen Pamphlet gemißbraucht wird, welches der Partei nie und nimmer zur Ehre gereichen kann. Wir selbst kennen viele hochachtungswürdige Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei, welche entsetzt sind über diesen Mißbrauch ihrer Partei. Für uns hat dies ganze Pamphlet nur infomeren eine Interesse, als es ein Beweis ist, welche Unantern und nicht eben anständigen Größen unter den feindlichen Kreisen dieser Partei zu finden sind, ohne daß die Partei sich derselben zu entziehen vermag.“

Nach diesem Exkurs wenden wir uns zur Betrachtung der Partei selbst, und müssen uns dazu einen Rückblick in die Geschichte der neuesten Zeit gestatten.

In Preußen war die Heeresorganisation seit den Freiheitskriegen allmählich in Verfall geraten; als Preußen daher im Jahre 1850 gegen Österreich mobil machte, ergab sich ein solcher Zustand des Heeres, daß ein Krieg notwendig zur Niederlage Preußens geführt hätte. Preußen mußte daher auf jeden Krieg verzichten und sich den demütigenden Bedingungen unterwerfen, welche Österreich in Dinnitz ihm vorzulegte; in Karlsruhe ward die Gewaltthätigkeit, in Schleswig-Holstein die dänische Herrschaft zum großen Bedauern und tiefen Unmuth aller Deutschen wieder hergestellt.

Als im Wilhelm I. 1861 König von Preußen ward, war es das erste und wichtigste, was er that, daß er die Heeres-Reorganisation ins Werk setzte, um Preußen wieder die Stellung zu verschaffen, welche ihm gebührte. Aber die große liberale Partei, welcher damals eine grüne Einficht in die Verhältnisse fehlte und welche von Misträuen gegen die Regierung erfüllt war, verweigerte die Mittel für die Reorganisation. So kam es zum Verfassungskonflikte. Als nun aber durch die glorreichen Kriege von 1864 und 1866 Schleswig-Holstein wieder deutsches Land, und im Norddeutschen Bund ein mächtiges, einiges Norddeutsches unter Preußens Königen auf Grund einer freien Verfassung mit gleichem Stimmrechte aller Bürger hergestellt, und so die Wünsche aller Deutschen und Liberalen über Hoffen und Erwarten erfüllt waren, da war der Verfassungskonflikt beseitigt, die Verfassung des Norddeutschen Bundes beschlossen und ein einiges Deutschland geschaffen.

Bei diesem Schritte spaltete sich die große liberale Partei in zwei Parteien: Die National-Liberalen und die Fortschrittspartei. Die National-Liberalen traten mit aller Kraft und Enthusiasmus für das deutsche Vaterland ein; erkennen, daß die Freiheit und das Wohl aller Klassen und jedes einzelnen im Volke am meisten fördern, wenn die das Vaterland groß und mächtig machen und hierin hatten sie recht.

Die Fortschrittspartei (die sich jetzt die Partei der Deutsch-freisinnigen nennt) dagegen blieb in der Opposition, sie stimmte gegen die Annahme der Verfassung des norddeutschen Bundes und gegen alle Maßregeln der Regierung. Das galt ihr die Größe des Vaterlandes und das Wohl ihrer Mitbürger, wenn sie nicht ihre Zwecke erreichte?

Nichts charakterisirt besser als diese Handlung den Geist dieser Partei. Sie hatte stets gegen die Reorganisation des Heeres gestimmt,

wäre es nach ihrem Willen gegangen, so wäre das preussische Heer ganz in dem Zustande von 1850 geblieben, unfähig Österreich zu widerstehen, so wäre Deutschland noch heute unter dem Joch Österreichs und des Bundeszuges, unter der Knechtung der Feinde jeglicher Geistesbildung und Freiheit.

Ganz denselben Geist zeigt die Partei der Deutsch-freisinnigen auch im weiteren Leben des deutschen Reiches. Als im Jahre 1870/71 das deutsche Reich aus dem Erbfeind Frankreich, das romanische Frankreich, niederwarfen und unter der lauteften Zustimmung und dem begeisterten Jubel aller Deutschen das deutsche Reich unter dem Kaiser Wilhelm I. 1871 begründet ward, da sind es wieder die Deutsch-freisinnigen gewesen, welche gegen die Annahme der deutschen Reichsverfassung gestimmt haben.

Seit jener Zeit haben sie eine stete Deposition gegen die Regierung ihres großen Kaisers betrieben; namentlich haben sie, als es galt, Deutschland gegen die mächtig rüstenden Franzosen gleichgerichtet zu erhalten, die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel verweigert, sind aber eben deshalb auch von dem deutschen Volke verworfen und an die Wand gedrückt und haben sich nur in wenigen Wahlkreisen großer Städte durch Hilfe gewisser antichristlich geimter Theile der Bevölkerung erhalten und eine Stimme zum Reichstage, zum Theile durch höchst verwerfliche Mittel durchsetzen können.

Gegenwärtig geben die Deutsch-freisinnigen mit den erklärten Feinden des deutschen Reiches, mit Welsen und Ultramontanen, wie mit den Opponenten unter Polen und Dänen und unter den Franzosenfreunden in Elsaß-Lothringen vereint gegen das deutsche Reich, dessen feste Begründung die Aufgabe unserer Zeit ist, und gegen dessen Regierung unter Kaiser Wilhelm II. vor. Nur um dieses Zweckes willen stimmen in vielen Wahlkreisen die Deutsch-freisinnigen für die Ultramontanen, für die Feinde der Geistesfreiheit und freien Wissenschaft, während in und zu Wahlkreisen wieder die Ultramontanen für die Deutsch-freisinnigen stimmen; soweit ist die Verdrängung dieser beiden Parteien schon geblieben, die in Bezug auf Freiheit und Volkswohl sich diametral entgegensetzen und nur im Hufe, in der Feindschaft gegen die Regierung und das deutsche Reich einzig sind.

Deutschland.

Berlin, 1. Februar. Auf den Bericht vom 15. d. M. will sich der Stadt Hannover, als ein Zeichen seiner besonderen Huld, die Bezeichnung „Haupt- und Residenzstadt“ hierdurch in Gnaden verleihen.

Berlin, den 20. Januar 1890.

Wilhelm R. Herrschaft.

An den Kaiser des Innern.
— Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Vormittag den Besuch seiner kaiserlichen Hoheit des Großherzogs von Baden. Nach der Mittagsstunde unternahm die kaiserliche Majestät eine gemeinsame Spazierfahrt durch die Stadt und nach dem Biergarten. Demnach begab sich Se. Majestät auf eine Ausfahrt nach dem Reichslandpalast, um an dem dort versammelten Kronrath Theil zu nehmen. Am heutigen Vormittag erledigte Se. Majestät der Kaiser zunächst Regierungsangelegenheiten, nahm Verrichte entgegen und empfing um 10 Uhr den zur Zeit hier anwesenden kommandirenden General des 10. Armee-Korps, General der Infanterie von Caprioli.

— Ihre Majestät die Kaiserin stattete am gestrigen Vormittag dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch von Rußland in der russischen Botschaft einen Besuch ab und empfing, von dort zurückgekehrt, den Besuch Sr. kaiserlichen Hoheit des Großherzogs von Baden.

— Der Besuch Ihrer Majestät der Königin von Italien am hiesigen Hof steht, wie man hört, für den Monat April bevor.

— Das Reichs-Verkehrsamt hat nach § 31 der kaiserlichen Verordnung, betreffend die Formen seines Verfahrens und seinen Geschäftsgang am Schluß eines jeden Jahres dem Reichsanwalt einen Geschäftsbericht einzureichen, welcher neben einer Uebersicht über die Thätigkeit des Amtes eine kurze Zusammenfassung der beruhten geschäftlichen Thätigkeit bringt. Der für das Jahr 1889 erstattete Bericht wird auch insofern von Interesse sein, als er zum ersten Male sämtliche landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaften, von denen bekanntlich die letzte am 1. Oktober 1889 in Kraft getreten ist, in den Kreis seiner Betrachtungen zieht.

München. Die Erklärungen, welche der bayerische Minister von Crailsheim im Finanzaußschuß der bayerischen Abgeordneten-Kammer in Betreff der Postverträge abgegeben hat, schufen, wo der Hauptwiderstand gegen die Beistimmung einer Einrichtungs zu finden ist, deren belästigende Wirkung für den Verkehr so oft und in so eindringlicher Weise von der deutschen Seite geäußert wurde. Man braucht in tiefer Beziehung nur an die Ausführenden zu erinnern, die längst erst noch von Abg. Dr. Wirtlin in der Budgetkommission des Reichstages gemacht wurden. Herr von Crailsheim hat freilich gemeint, daß, seitdem fremde (d. h. deutsche) Postkassen auch in Bayern befördert würden, von Unbequemlichkeiten für das Publikum eigentlich nicht mehr gesprochen werden könne. Es scheint, am maßgebender Stelle in Bayern schäme man diese „Unbequemlichkeiten“ doch zu gering an und schenkt den Schwärzern zu wenig Gehör, die aus Bayern selbst gegen eine den Verkehr unnütz belästigende und belästigende Einrichtung erheben werden. Im Reichstags-Vertrag legte der bayerische Bevollmächtigte Graf Verchenfeld das Hauptgewicht auf die finanzielle Seite der Sache. Herr von Crailsheim hat zwar auch hervorgehoben, daß die eigene Marke geradezu eine Garantie der Einnahmen für die bayerische Post biete, indessen er hat hinzugefügt, man könne versuchen, eine gemeinschaftliche Postmarke einzuführen und alsdann nach einem bestimmten Maßstab eine Herauszahlung dem Reich bevorzugen. Allerdings sei hierzu ein besonderer Vertrag notwendig. Früher hieß es wohl, daß unwiderwindliche technische Schwierigkeiten in Anbetracht der Bayern und Württemberg auf postalischem Gebiete eingeräumt

Sonderrechte der Einrichtung gemeinsamer Postverträge für das Reich entgegenstehen. Man sieht, daran glaubt Herr von Crailsheim nicht, er gesteht sogar zu, daß eine Vereinbarung über ein gemeinsames Postvertragsverhältnis sich finanziell vorteilhaft für Bayern erweisen könnte. In dessen er befragt, daß diese Vereinbarung in politischer Beziehung schwerlich ohne Einfluß bleiben könne, und daher der Widerspruch! Man fürchtet, dem Ansehen Bayerns nach außen hin durch ein derartiges Zugeständnis Abbruch zu thun, grade wie früher der Kampfenheim für die Aufrechthaltung des Aufsehens des bayerischen Staates unerlässlich zu sein schien. Daß das Reich nicht die Initiative ergreifen wird, um Bayern und Württemberg zum Verzicht auf ihre besonderen Verträge zu veranlassen, bedarf nicht erst der besonderen Betonung; aber die bayerische und württembergische Regierung sollten sich selbst zu einem Schritte bequemen, der im wohlverstandenen Interesse ihrer eigenen Staatsbürger liegt.

Frankreich.

Paris, 30. Januar. Im boulangistischen Ausbruch ist wegen des antieinführungsaufstretens Laurs große Unzufriedenheit entzündet, die soweit ging, daß Laour mit seinem Ausritt drohte. Daraufhin hat man sich angelegen sein lassen, die Sache zu verfleistern, und Laour, der doch nicht wohl die einmal gemachten Erklärungen zurückziehen kann, wird voraussichtlich seinen Antieinführungismus in Zukunft in milder Farben kleiden und sich Mühe geben, ihn mit der Zeit vergessen zu machen. Schwierigkeiten bezieht man in dieser Beziehung von Devalere, der sich auch auf den Antieinführungismus verlegt hat und angeblich ganz in der Kanne ist, nicht nur wie bisher die Feindschaften deutscher Vorkämpfer, sondern überhaupt alles kurz und klein zu schlagen. In den Volksversammlungen ist er der heftigste der Heftigen, bricht mit Revolution, Nord und Todschlag und gebärdet sich überhaupt, als ob er beweisen wollte, daß der reichsständische Abgeordnete Winterer, als er ihn einen halbverrückten Dichter nannte, noch weit hinter der Wahrheit zurückgeblieben sei. Sein Verhalten wie auch das des fahrigten und nicht ganz zurechnungsfähigen Laour erregen lebhaftes pathologisches Interesse. Der Oberrichter Laour, der letztem in einer Volksversammlung widerfuhr, wird übrigens durch die Sendung zweier Jungen rasch zu allseitiger Zurückhaltung in Ordnung gebracht worden. — Der kaiserliche Herr Notowitsch, der Uebersetzer der russischen Sprache an den General-Sauzier, scheint in seinem patriotischen Eifer schwer gekränkt worden zu sein, da dem General-Sauzier, wie es scheint, die Erlaubnis zur Annahme dieses Scheinens verweigert worden ist. Einige Blätter fassen nunmehr über diese neueste Mißthat des Ministeriums, und wenn man dem Samergeschrei des „Gaulois“ Glauben schenken soll, so steht Frankreich ob dieser Verletzung nahezu vor einer russischen Kriegserklärung, die nur durch schließliche Opferung des Herrn Sauzier abgewendet werden kann. In Rußland soll die Geschichte — dem „Gaulois“ zufolge — wichtiger und schmerzlicher Aufsehen machen und man soll die Weigerung um so weniger begreifen, als Boulangier früher einmal einen hohen russischen Ehrenabel nachausstand angenommen hat. Wehe der Regierung, wenn Notowitsch hieraus die Anwendung zieht und mit seiner Fahne nach Rußland fährt, um sie dort dem General-Rouanoff anzuhängen! Dort hat er seine Abweisung zu befehlen: Boulangier nimmt alles, was er kriegt. Sauzier aber wäre dadurch doppelt gekränkt, einmal, indem ihm ein höchstes Dekretationsrecht entginge, sodann aber, indem es in die Hände seines erbitterten Feindes fiel. — Der nach einer Wiener Meldung zum Archimandriten eines Klosters in der Krain ernannte ehemalige Gefährte Atschinows dürfte auf den wissenschaftlichen Geist seiner Klostergenossen einen sehr guten Eindruck ausüben. Als er nach Zagalla geschickt wurde, fand seine Gomer, n. A. General Ignatiew, daß er der ersten Schreibkunst gänzlich unkundig sei, und da sich das für einen Archimandriten doch nicht ziemte, brachte man ihn mit großer Mühe bei, seinen Namen nach einer Vorlage zu schreiben. Als nun gemacht durch diesen Ertrag, wollte man den braven Patrioten auch noch soweit vervollkommen, daß er neben seinem Namen auch das Wort „Archimandrit“ schreiben konnte, was sich aber bald als eine vollständige Unmöglichkeit erwies. Man sollte aber auch wirklich nicht zuviel verlangen! So ein schweres Wort!

Paris, 31. Januar. In Teuton soll Anfangs Februar zu Verpropagandazwecken ein amerikanisches Geschwader eintreffen, dessen Aufenthalt daselbst auf 20 Tage bemessen ist.

Paris, 1. Februar. (Nat.-Z.) Die hiesigen Blätter sind mit Telegrammen aus Nizza über die daselbst gestern erfolgte erste Aufführung der russischen Oper „Das Leben für den Zar“ von Gluck angefüllt. Gegenwärtiger Direktor des Stadttheaters in Nizza ist ein Russe Namens Raphael Ginzburg, welcher während des Sommers das Arkadia-Theater in Petersburg leitete. Dieser hatte auf den hiesigen jetzigen Musikanten richtig geschaut und zudem noch mehrere Tugende Pariser Kritiker und Journalisten zur ersten Vorstellung nach Nizza eingeladen. Einige Zeitungen bringen geradezu Erfolge der genannten Oper. Die Begünstigung des Publikums soll „ungeheuer“ gewesen sein. Alle russischen Belästiger wurden zwei, ja dreimal wiederholt, stehend vernommen und die russische Nationalhymne. Alles sang mit, man reichte sich die Hände und umarmte sich. Demnach würde die Marjellasse und dann wieder die russische Nationalhymne geungen. Im Theater anwesend waren außer der zahlreichen russischen Kolonie, die französischen militärischen Behörden und viele Kolabehörden sowie die angesehenen in Nizza verweilenden Pariser Gesellschaft. Auch Paul Deroulede und Madame Adam fehlten nicht.

Paul Deroulede, der wegen der von ihm in der Deputiertenkammer hervorgerufenen Skandalen mit der Zeit lang an den Seignen nicht theilnehmen darf, hat jedenfalls seine unwillkürlichen parlamentarischen Fertigkeiten gut benutzen können.

Nur mag es seine Eigenti befrachten, daß, was ihm und seinem Herrn und Meißer Boulangier nicht gelungen ist: die „französisch-russische Verbindung“ zu verwirklichen, Herrn Raphael Ginzburg im Handumdrehen geklärt ist, allerdings nur im Theater. Ob Herr Notowitsch, der Erfinder und Sender des „französisch-russischen Samers“ in Nizza anwesend war und sich „mitverbrühte“, meldet unser Korrespondent nicht.

Italien.
Rom, 31. Januar. „Opinione“ meldet aus Majjowah, daß Menelli endlich im Anzuge auf Tigre sei, wo er in einem Monat eintreffen dürfte. Wenn das Anstich sich ergibt, wird er nach dem Silber verbannt werden. Eine furchtbare Seuche, welche manchen Tag tausend Soldaten und die besten Häuptlinge wegrastrifft, verhindert bisher den Vormarsch.

Rom, 31. Januar. Der Kurzer war in Rom eine internationale Konferenz veranlaßt, um wegen Neuorganisation der postalischen Verkehrs zwischen der Schweiz, Italien, Deutschland und England auf der Route Straßburg und bezw. Calais - Dover, Ostende - Dover und Blijm - Queensborough zu verhandeln. Auch belagerte war ein technischer Sachverständiger zur Teilnahme an den Konferenzberatungen entsendet worden, und, wie namentlich durch Brüsseler Informationen verlautet, wäre es demselben gelungen, den Interessen der Linie Ostende - Dover und der Erhaltung des belgischen Transitums zum Siege zu verhelfen. Im Zusammenhang damit dürfte der Eifer der belgischen Eisenbahnpolitik stehen, durch Verbesserung der im Allgemeinen ziemlich dürftigen Ausstattung des belgischen für den Reiseverkehr bestimmten rollenden Materials den belgischen Bahnen mehr Anziehungskraft zu sichern. So werden vom 1. April d. J. ab auf dem, dem großen internationalen Durchgangsverkehr dienenden Schienenwegen neue, nach einem vorerwähnten System erbaute und eingerichtete Personenzüge eingeführt werden, welche an Eleganz und Komfort nichts zu wünschen übrig lassen sollen. Ferner soll an Stelle des veralteten Netzes der Wagenheizung mittels Wasserdampf die Dampfheizung eingeführt werden.

Belgien.
Brüssel, 31. Januar. Deller Arendt, welcher noch unwohl, soll als deutscher Delegierter bei der Konferenz durch Geheimrath Dolder ersetzt werden.

Entgegen einer Meldung ist die „British South African Company“ nicht auf der Konferenz vertreten, sondern läßt dieselbe beobachten.

Das Gerücht von der Ernennung des portugiesischen Delegierten bei der Konferenz, Castilho, zum Gouverneur von Mozambique ist verfrüht. Möglicher Weise bleibt das Beamten - Personal von Mozambique, trotz anderer Meldung im Amt.

Großbritannien und Irland.
Ueber die Haltung der deutschen und der englischen Marinetruppen in San-Juan während der Blockade wird dem „Weltkatholischen Tagblatt“ geschrieben:

An den zurück zahlreich und unbefchränkten Urlaubstagen konnte man die britischen Seeleute durch die engen Straßen von San-Juan tummeln sehen, Arm in Arm mit den Negern, deren Strohhut schief auf den Köpfen; einer trug seine Stiefel an gezogen, der andere hatte sich derselben entledigt und ließ barfuß in unendlichen und beschwingten Schritten, während die Negersklaven jubelnd und schreiend die Stiefel hinterherbrachten. Häufig kam es zu Schlägereien und oft sah man die Matrosen sinnlos herumlaufen auf Pavamen am Strande liegen. Eines Tages, als die blutigen Schlägereien und Weisheitsereien überhand genommen hatten und als durch unvorsichtige Pantieren der Zigarre eines herumlaufenden Matrosen das Negerviertel Moline in San-Juan in Brand geriet und beinahe ein Haus der Matrosen wurde, ließ der Sultan der englischen Flotte die Mitteilung machen, daß er sich außer Stande fühle, Unruhen und Anführer gegen die Europäer zu verhindern. Demgegenüber fiel die Haltung unserer deutschen Marinetruppen in der eisenfälligen Weise auf. Etwas lauter und fester im Anzuge sah man unsere strammen Marinejungen an ihren Urlaubstagen und die Stadt gehen, niemals umhinkommen oder gestört von der lärmenden Straßenjüngling; an unsere Matrosen wagte sich der Negern nicht heran, die ruhige und geordnete Haltung bei ihm eben keinerlei Anlaß dazu. Während der englische Matrosen seinen Vergnügen auf der Straße kaum beschränkt und beobachtet, sah man den deutschen seine Hometrassen machen wie auf dem Gezeirpferde. Wie dies aussah und welchen imponierenden Eindruck dies machte, konnte man deutlich von den Gesichtern der Bevölkerung ablesen.

London, 30. Januar. Drei politische Reden sind von gestern zu verzeichnen. John Morley sprach in Liverpool, Labouchere in West-Ham und Sir M. Hicks-Beach in Chester. Labouchere drohte mit der auswärtigen Politik und dem angeblich auf Verleht der Regierung unterdrückten Skandal in Cleveland Street; Morley suchte zu beweisen, daß das Home Office allen andern Geisteswissenschaften im Wege stehe, obgleich die Unionsregierung durch ihre geizhalsigen Maßnahmen hinsichtlich des Gegenstandes dargelegt hat; und Sir M. Hicks-Beach bemühte sich, die Verhandlungen Gladstones in der vorigen Woche zu widerlegen, was hauptsächlich große Ausdauer erforderte, da diese Behauptungen, obgleich tausend Mal in ihr Nichts aufgelöst, doch immer wiederkehrten.

Der Schaden, welchen der Dockarbeiterstand im vorigen Jahre dem Dockgeschäft verurteilt hat, ward auf der gestern in Generalversammlung der London und St. Katherine-Docks-Konferenz auf 40,000 £. angeschlagen. Das Verfallungsschicksal von anwesenden Häfen nach dem Verlust der Docks weist einen Verlust von 53,745 Tomen auf; ein großer Teil davon kam Southampton zu Gute. Keiner habe die Verlegung des Docks bis jetzt keine Früchte getragen; fast kein Tag vergehe ohne irgend einen auf den leichtfertigen Ursachen beruhenden Theil-anspruch; für die 6 Pence die Stunde würde jetzt weniger gearbeitet als früher für 5 Pence; die Dynamit der Gewerkschaften sei merkwürdig geworden und wenn nicht die Arbeiter und ihre

Körperer ihr Vertrauen ändern, würden die Dockgesellschaften vom Standpunkte des Selbst-erhaltungstriebes genötigt sein, den Kampf mit ihnen zur Erlangung ihrer früheren Stellung anzufangen. Der bevorstehende Jahresverlust lasse sich schon jetzt auf 150,000 £. anschlagen.

Der Ausfall von Dohs Werke wegen der Verzögerung der Eisenzeit ist noch nicht zu Ende. Der Arbeiterführer Tom Mann, der den Ausfall anordnete und wegen Aufreizung zeitweilig verhaftet worden war, befindet sich von Morgens bis Abends zur Stelle, um die Anwerbung von Nichtmitgliedern der Union zu verhindern.

London, 30. Januar. Wie der „Labour Elector“, das Organ des englischen Sozialisten Burns, mitteilt, ist seitens der britischen nationalen Arbeiterassoziation an sämtliche Trades-unions ein Rundschreiben gerichtet, in welchem dieselben aufgefordert werden, zu einer im April d. J. abzuhaltenden Konferenz Delegierte zu entsenden. Zweck dieser Konferenz soll sein, eine Uebereinstimmung darüber herbeizuführen, wie der Beschluß des letzten internationalen Sozialistenkongresses zu Paris, auf die allgemeine Einführung eines nur achtstündigen Arbeitstages hinzuwirken, am besten durchgeführt werden kann. Die Aprilkonferenz soll insbesondere die Resolution feststellen, welche den für den 1. Mai, dem in Aussicht genommenen „Feiertag der Arbeiter“, geplanten Massenversammlungen zur Annahme empfohlen werden soll. Bekanntlich zielen Burns und seine Anhänger dahin, den Achtstundentag durch eine gemeinsame Aktion sämtlicher Trades-unions durchzusetzen, um an diesem einen Beispiel zu zeigen, daß bei einem geschlossenen Vorgehen sämtlicher Arbeiterorganisationen mit Verdrängung jeder Widerstand beseitigt werden kann, und sie hoffen dadurch den langst angestrebten Zusammenschluß sämtlicher Trades-unions zu erreichen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Bemerkungen nicht uninteressant, welche der „Labour Elector“ mit Bezug auf das oben erwähnte Rundschreiben macht. Das Blatt betont, daß die für den 1. Mai in Aussicht genommene Demonstration von den Trades-unions ausgehen müßten; einmal weil das Publikum Versammlungen, welche von diesen inszeniert werden, ein viel größeres Gewicht beilege, als den Demonstrationen unorganisierter Gruppen, dann aber auch, weil die Arbeiter, welche keiner Tradesunion angehören, nicht verlangen könnten, daß viel Werth auf ihre Meinung gelegt würde. Derselben hätten eben durch ihren Nichtantritt bewiesen, entweder, daß sie unfähig seien, auch nur die elementarsten Wahrheiten über ihre Position zu verstehen, oder aber, daß es ihnen an Muth fehle. Wie unschwer einzusehen, haben diese Bemerkungen den Zweck, den Trades-unions möglichst viele Mitglieder zuzuführen und dadurch die Macht dieser Organisationen, auf deren völlige Entfaltung Burns und seine Anhänger, wie bereits angedeutet, die weitestgehenden Hoffnungen setzen, noch zu verfrühen. Burns verheißt sich übrigens nicht, daß eine allgemeine 24stündige Arbeitsunterbrechung am 1. Mai große Enttäuschung hervorrufen wird, er meint aber: je größer und allgemeiner diese Enttäuschung sein werde, desto gespannter werde sich auch die öffentliche Aufmerksamkeit dem Thun und den Forderungen der Arbeiter zuwenden.

London, 30. Januar. Durch einen demnach zu verlässlichen Ullas soll, der „Daily News“ zufolge, der weiteren Anlegung von deutschen Adern in Kolonien in Südrussland vorgebeugt werden. Die nötige Zustimmung zu diesem Ullas macht ein Bericht in der „Novoje Wremja“ über die angeführten Fortschritte der deutschen Aufstellungen. Die Deutschen besäßen angeordnete Gebiete in Taurien, Cherson und Katerinow; sie hätten während der letzten zwei Jahre im Distrikt von Konstantinograd 175,000 Acker und im Distrikt von Jsimum 500,000 Acker erworben. Ein großer Teil des Herdens vom Gouvernement Charkow und große Strecken im Gebiete der Den-Kosaken seien in deutsche Hände übergegangen, so daß, wie die „Novoje Wremja“ karmt, die Russen aus den mit russischen Winte erworbenen Küstentriden am schwarzen Meere verdrängt würden. Der russische Bauer, der sich bei den Deutschen verdingen wolle, habe Deutsch zu lernen u. s. w. Wie man sieht, ist dies die Einleitung zu einem neuen Kreuzzuge gegen die Deutschen; und die russischen „Daily News“ giebt sich natürlich dazu her, Europa gegenüber diese Schand-maßregeln, wenn auch nicht zu vertheidigen, so doch zu beschuldigen.

Rußland.
Moskau, 30. Januar. Die hiesige Universität bezog am 24. Januar die Feier ihres 135jährigen Bestehens durch einen Gottesdienst und eine öffentliche Versammlung, auf welcher unter Anderem der Jahresbericht über die Wirksamkeit der Hochschule während des Jahres 1889 verlesen wurde. Wir entnehmen dem letzteren, daß die Universität 88 Lehrkräfte und außerdem 85 Privatdozenten zählt, während die Zahl der Studierenden sich am 1. Januar 1889 auf insgesamt 3805 bezifferte, nämlich 3171 immatrikulierte Studierende, 61 sogenannte freie Zuhörer und 273 Apothekerlehrlinge. Ein Programm in den letzten Jahren mangelte! Einschränkungsmassnahmen getroffen wurden (wir erinnern an das bekannte Verbot des Ministers der Volksaufklärung, Söhne von Kulisern und Wärschmermen zu den höheren Lehranstalten zuzulassen), drängte sich doch eine große Zahl gänzlich unbenutzter Personen zu den Hochschulen, in der selten gekündigten Erwartung, daß sich die Krone und nichtige Personen ihrer annehmen würden.

Wie der „Times“ aus Petersburg berichtet wird, hätten sich in Witan die beiden einzigen dorrigen Drucker geweiht, den in Witan erscheinenden halbamtlichen „Rigaer Woten“, ein in deutscher Sprache gedruckenes Russifizierungsorgan, weiter zu drucken, und sie wären bei dieser Weigerung stehen geblieben, auch als ihnen Vorauszahlung angeboten wurde. Der Herausgeber des „Rigaer Woten“ müsse nun den letzten entweder in Wita drucken lassen oder Drucker aus Rußland kommen lassen. Anderweitige Befähigung der Mittelung liegt nicht vor.

